

Tagesordnung I Punkt 5.1 der öffentlichen Sitzung am 01. September 2011

Antrags-Nr. 11-F-03-0061

**Mehr Transparenz und barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus TV
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2011 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der vorliegende Antrag wird folgendermaßen geändert:

Die Einleitung bleibt unverändert.

Die Beschlussfassung wird ersetzt:

Der Magistrat wird beauftragt,

darzustellen, wie die Stadtverordnetenversammlung einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden kann. Dabei sind folgende Punkte zu beachten:

1. Das Medium Internet soll als niedrighschwelliges Medium Träger der Inhalte der Stadtverordnetenversammlung sein.
2. Sowohl Reden, als auch Anträge und Beschlüsse -soweit im öffentlichen Teil erfolgt- sollen zeitnah (nach der jeweiligen Sitzung) nutzbar sein.
3. Eine Auffindungs- und Archivierungsmöglichkeit der Inhalte soll mit einer einfach zu handhabenden Suchfunktion zur Verfügung gestellt werden.
4. Es ist zu prüfen, wie die Inhalte der Stadtverordnetenversammlung darzustellen sind. Hierfür sind Möglichkeiten von Transkripten bis hin zu Livestreams von Audio- oder Videodateien zu prüfen. Dabei ist eine Folgenabschätzung vorzunehmen, die alle Aspekte berücksichtigt, insbesondere:
 - a. Eine mögliche Veränderung des „Charakters der Stadtverordnetenversammlung“ aufgrund der Medienpräsenz, insbesondere bei der Videodarstellung
 - b. Die Kosten der jeweiligen Möglichkeiten der Inhaltsdarstellung
 - c. Die Auswirkungen auf die Persönlichkeitsrechte der Stadtverordneten

Beschluss Nr. 0350

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2011 betr.

Mehr Transparenz und barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus TV

wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration und den Ältestenausschuss überwiesen.

1. Den Vorsitzenden
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
und des
Ältestenausschusses
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2011

2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .09.2011

Dezernat III - Wiesbaden-Marketing
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister